

Dokumentationsmoratorium für Nachweis-, Dokumentations-, Evaluations- und Berichtspflichten - 1. Streichliste

lfd. Nr.	konkrete (Rechts-) Grundlage der Verpflichtung	Art der Verpflichtung: Nachweispflicht Dokumentationspflicht Evaluationspflicht Berichtspflicht	Inhalt der Verpflichtung
1	§ 18f Abs. 2 S. 1 LHO	Evaluationspflicht	Überprüfung der Konjunkturbereinigung auf Symmetrie bei Überschreitung Schwellenwert
2	§ 52 Satz 4 LHO	Dokumentationspflicht	Ausbringung von Dienstwohnungen im Haushaltsplan
3	Haushaltsgesetz, Anlage 2, Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben	Berichtspflicht	Aus Gründen des § 21 BeamStG freie oder frei werdende Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher dürfen erst nach Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages wiederbesetzt werdgem. § 21 BeamStG, soweit dieser nicht darauf verzichtet hat oder verzichtet.
4	AufstellungsRdSchr. Kabinettsbeschluss vom 20.01.2026 zur Aufstellung von Haushaltsplanentwurf 2027/2028 und Mittelfristiger Planung 2026 - 2030; gemeinsames Rundschreiben von StK und MF zur Haushaltsaufstellung samt Haushaltsaufstellungsrichtlinien und weiteren Anlagen	Dokumentationspflicht	In den Erläuterungen zum Haushaltsplan sind für jedes Kapitel, in dem Dienst-Kfz vorhanden sind, eine Übersicht über den Ist- und Sollbestand von Dienst-Kfz auszubringen.
5	AufstellungsRdSchr., Anlage 1, Nr. 4.1.4.5 HAR-Nds.	Dokumentationspflicht	Dokumentation aller förmlichen Freistellungen nach §§ 39 Abs. 3 und 48 Abs. 1 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz in den Bewirtschaftungsvermerken.
6	AufstellungsRdSchr., Anlage 1, Nr. 4.2.3.4 HAR-Nds.	Dokumentationspflicht	Dokumentation aller förmlichen Freistellungen nach §§ 39 Abs. 3 und 48 Abs. 1 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz in den Bewirtschaftungsvermerken.
7	AufstellungsRdSchr. Anl. 2 HARPers I Nr. 2.2.2	Dokumentationspflicht	Darstellung der Ist-Besetzung von Planstellen in den Übersichten über Beschäftigungsvolumen (BV), Budget und Stellen (BBS) als Information insbesondere für den Landtag
8	AufstellungsRdSchr. Anl. 2 HARPers I Nr. 2.3.3	Dokumentationspflicht	Dokumentation der Abweichung von den Vorgaben zur Ausbringung von kw-Vermerken bei BV und Stellen
9	AufstellungsRdSchr., Anlage 2, Abschnitt I, Nr. 2.4 HARPers	Dokumentationspflicht	Dokumentation aller förmlichen Freistellungen nach §§ 39 Abs. 3, 48 Abs. 1 sowie 99 Abs. 1 und 3 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes in der BBS sowohl im BV als auch bei den Stellen durch HV.
10	AufstellungsRdSchr., Anlage 2, Abschnitt I, Nr. 2.4 HARPers; Beschluss Nds. LT v. 08.11.2006	Berichtspflicht	Ausweisung Höhe des durch personalrechtliche Freistellungen gebundenen BV. Inhalt: Für die jährliche Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Nds. Landtags ist eine Übersicht über den Gesamtumfang der Freistellungen zu erstellen; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zu erläutern. Den Vordruck stellt MF gesondert zur Verfügung.
11	AufstellungsRdSchr. Anl. 2 HARPers I Nr. 2.6	Dokumentationspflicht	Darstellung der Abwägungsprozesse für Zuwächse bei BV und Stellen
12	AufstellungsRdSchr. Anl. 2 HARPers I Nr. 5	Dokumentationspflicht	Darstellung des Entscheidungsprozesses für den Fortbestand refinanzierter Personalausgaben
13	AufstellungsRdSchr. Anl. 2 HARPers III Nr. 3.1	Dokumentationspflicht	Darstellung des Prüfergebnisses für den adäquaten Stellenabbau bei BV-Minderung
14	AufstellungsRdSchr. Anl. 2 HARPers III Nr. 3.1	Dokumentationspflicht	Darstellung des Prüfergebnisses für den erforderlichen Einsatz von beamtetem Personal bei der Neuanmeldung von Planstellen
15	HFRPers Nr. 5.3	Dokumentationspflicht	Dokumentation der Einsparung von Mehrausgaben bei der vorübergehenden Bezügezahlung aus Leerstellen
16	HFRPers Nr. 6.1	Dokumentationspflicht	Dokumentation über die Inanspruchnahme von Altersteilzeit im Lehrkräftebereich
17	Tz. 5.4 der Kfz-Richtlinie des Landes i.V.m. § 63 Abs. 4 und 5 LHO	Dokumentationspflicht	Dokumentation von Gründen, die einen Verkauf eines Kfz unter Mindestpreis erforderlich machen
18	§ 5 Abs. 4 COVID-19-SVG	Berichtspflicht	Unterrichtung des AHuF über die Verwendung der Mittel des Sondervermögens
19	Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019 – Drs. 18/11153 – vom 03.05.2022 (zu Beschluss des Landtages vom 14.09.2021 – Drs. 18/9924 Nr. 50)	Dokumentationspflicht	Darstellung einer kapitelweisen Aufteilung des Ist-BV auf die Statusgruppen, ergänzt um Stelleninformationen, für den AHuF
20	E Nr. 4 RL Bau	Evaluationspflicht	Die fachaufsichtliche Begleitung durch NLBL wird nach Abschluss der Aufstellung der HU-Bau durch das NLBL in einer Stellungnahme dokumentiert
21	K 12 RL Bau	Nachweispflicht	Die Verträge für die Vergabe freiberuflicher Leistungen bedürfen bei bestimmten Fallkonstellationen der Zustimmung des NLBL
22	Erlass v. 15.07.2022 Az: 27231-00-0001	Berichtspflicht	Haushaltsübersicht und Planung des Sondervermögens
23	Erlass v. 15.07.2022 Az: 27231-00-0001	Berichtspflicht	Stellenbewirtschaftung und Umsatz der Staatserschafften
24	Erlass v. 15.07.2022 Az: 27231-00-0001	Berichtspflicht	Flächennutzung im Land
25	Jahresbericht an LRH über Tätigkeit des Referats	Berichtspflicht	
26	Rundverfügung des LSiN vom 16. Februar 2018, Az. S 2349-26-St 216, O 2140b-102-Z 126	Berichtspflicht	Übersicht über die Anzahl der Härtefälle nach § 15 des 5. VermBG
27	Erlass des niedersächsischen Finanzministeriums vom 24. Mai 2002 – Az. S 1401 – 15 – 33 2 / O 2013 – 28 – VD 1	Berichtspflicht	Bericht über Stand und Arbeitsweise der Task-Force zur Unterrichtung des MF / Statistik
28	Rundverfügung vom 27.04.2009; O 1559 - St 26 - 327/2022, altes Az: P 1011 - 11 - StO 268, Hintergrund: Antikorruptionsrichtlinie, Nds. MBl Nr. 16/2014, Beschl. d. LReg v. 1.4.2014 - Mi-11 31-03019/2.4.1.3	Berichtspflicht	Transparenz, Prävention, Sensibilisierung
29	Verfügung des LSiN vom vom 23. März 2022, Az. S 1980 - 125 - St 105 sowie vom 10. Mai 2023, Az. S 1980-St 105-3299/2022-4613/2022 und 23.01.2024 Az.: S 1980-St 105-3299/2022-4613/2022	Berichtspflicht	Anzeige von Einsprüchen/Besteuerungsfällen, in denen Fallgestaltungen entsprechend den Revisionsverfahren VIII R 15/22 und VIII R 22/23 vorliegen
30	Verfügung des LSiN vom 10. April 2015; S 1301-29-St 116	Berichtspflicht	Meldung von Mehrsteuern in Fällen, in denen inländische Stpf. ihre steuerlichen Verpflichtungen bezogen auf in Spanien belegene Immobilien nicht erfüllt haben
31	Verfügung des LSiN vom 17.072014+12.09.2014; S 1310-2 (Türkel)-St 113	Berichtspflicht	Meldung von Problemen oder Fragen im Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung von Ortskräften in konsularischen Vertretungen des türkischen Staates in Niedersachsen
32	LSiN-Vfg. vom 9.03.21 (Az. S 1404 - 64 - St 111)	Berichtspflicht	Überblick über Verbindliche Zusagen nach § 204 AO im Anschluss an eine Außenprüfung
33	S 0500 - 209 - St 152 Vo-Kartei Listenführung, Karte 6	Berichtspflicht	Aufsicht (FA und LSiN), Nachweis über außergerichtliche und gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren
34	S 0500 - 209 - St 152 Vo-Kartei Listenführung, Karte 5a	Berichtspflicht	Nachweis über die Steuerausfälle aufgrund von Anfechtungen nach §§ 129 ff InsO, Aufsicht (FA und LSiN)
35	S 0500 - 209 - St 152 Vo-Kartei Listenführung, Karte 5b	Berichtspflicht	Nachweis über die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO, Aufsicht (FA und LSiN)
36	S 0500 - 209 - St 152 Vo-Kartei Listenführung, Karte 5	Berichtspflicht	Nachweis über Insolvenzverfahren, über Steuerausfälle aufgrund von Anfechtungen nach §§ 129 ff InsO und Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO, Aufsicht (FA und LSiN)
37	§ 10 Abs. 3 Satz 2 NSpielBG	Berichtspflicht	Vorlage eines Berichts zur Umsetzung und Fortentwicklung des Sozialkonzepts
38	§ 10f Abs. 3 NSpielBG	Nachweispflicht	Nachweispflicht über Fortbildungsmaßnahmen des Personals
39	NB 4.1.1 Abs. 1 S. 2	Berichtspflicht	Anzeigepflicht besonderer Hilfsmittel im Spiel, + Einsatz technischer Hilfsmittel
40	NB 5.3 Abs. 2	Berichtspflicht	Erstellung Organigramm
41	NB 6.2 Abs. 1	Nachweispflicht	Nachweis über Fortbildungsmaßnahmen
42	NB 9.2 S. 2	Berichtspflicht	Vorab-Mitteilung von bestimmter Bekanntmachungen gegenüber Gästen (Aushang)
43	Erlass des MF vom 12.06.2013 (Az. S6920-1 32 24) - § 15 Abs. 2 Dienstanweisung für die Steueraufsicht über die zugelassenen Spielbanken in NI (DA Steuer)	Evaluationspflicht	Bericht über die Prüfungsinhalte der Anlage 1 zur DA Steuer
44	Erlass des MF vom 12.06.2013 (Az. S6920-1 32 24) - § 10 Abs. 4 DA Steuer	Berichtspflicht	Vorlage der Besprechungsvermerke der Dienstbesprechung der Steueraufsicht
45	Kabinettsbeschluss „Organisation des Ministeriums für Inneres und Sport“ vom 03.06.2014	Berichtspflicht	Veröffentlichung einer Jahresauswertung auf Grundlage des KabBeschlusses
46	§ 2 Abs. 4 und 5 NSportFVO	Berichtspflicht	Bericht über Planung der Verwendung der Finanzhilfe bezogen auf zwei konkrete förderungswürdige Aufgaben
47	§ 5 Abs. 5 und 6 NSportFVO	Berichtspflicht	Bericht über Verwendung der Finanzhilfe bezogen auf zwei konkrete förderungswürde Aufgaben
48	Kabinettsbeschluss vom 18.04.2023 „Weiterentwicklung des Aktionsplans Inklusion“ (Az. 49023)	Berichtspflicht	Bericht über Umsetzungsfortschritt an MS
49	§ 14 Abs. 3 NDIG	Berichtspflicht	Jede Stelle, die IT-Systeme zur Erkennung/Abwehr von Gefahren betreibt, muss dies der Zentralstelle für Informationssicherheit (N-CERT) anzeigen.
50	§ 25 Abs. 3 Satz 1 NDIG	Dokumentationspflicht	Jede Behörde, die von den Ermächtigungen der §§ 18 - 23 NDIG Gebrauch macht, muss ein Sicherheitskonzept für die dazu eingesetzten technischen Systeme erstellen und die Umsetzung der Maßnahmen aktenkundig machen.
51	§ 25 Abs. 3 Satz 2 NDIG	Evaluationspflicht	Das Sicherheitskonzept nach § 25 Abs. 3 Satz 1 NDIG ist alle zwei Jahre einer Revision zu unterziehen.
52	Nr. 5.3.2 / Nr. 7.3 BCLL	Berichtspflicht	Die BCB hat insbesondere die Aufgabe [...] regelmäßige Berichterstattung an die Behördenleitung über den Zustand des BCMs.
53	Nr. 4.1 ISLL Land	Dokumentationspflicht	Das nach der Maßnahmenumsetzung verbleibende Risiko ist zu dokumentieren und durch die Behördenleitung zu verantworten.
54	Nr. 5.3 ISLL Land	Dokumentationspflicht	Die Sicherheitskonzepte für die Informationssicherheit dokumentieren auf operativer Ebene die für Services, Fachverfahren und sonstige Verwaltungsaufgaben der Sicherheitsdomänen ermittelten Risiken, die Sicherheitsmaßnahmen zur Risikoreduzierung und die nach der Maßnahmenumsetzung verbleibenden Risiken.
55	Nr. 5.4 ISLL Land	Dokumentationspflicht	Die Risikobeschreibungen für die Informationssicherheit dokumentieren für Services und Fachverfahren die ermittelten Risiken, die umgesetzten Sicherheitsmaßnahmen der Service- und Fachverfahrenseigentümer und die verbleibenden Risiken nach der Maßnahmenumsetzung.
56	Nr. 6.1 / Nr. 6.4.2 ISLL Land	Berichtspflicht	Für die behördliche Umsetzung der ISRL gibt der Nds. IT-PLR verbindliche Fristen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Rahmenbedingungen vor und lässt sich von der oder dem CISO über die Fristeneinhaltung berichten.
57	Nr. 6.5 ISLL Land	Berichtspflicht	Das N-CERT nimmt die Funktion der zentralen Meldestelle der oder des CISO für Sicherheitsvorfälle wahr, die domänenübergreifende oder schwerwiegende Auswirkungen haben.
58	Nr. 6.6.2 ISLL Land	Berichtspflicht	Die Behördenleitung hat insbesondere zu veranlassen, dass das N-CERT unverzüglich über alle domänenübergreifenden und schwerwiegenden Sicherheitsvorfälle unterrichtet wird.
59	Nr. 6.7.2 ISLL Land	Berichtspflicht	Der oder die ISB einer Sicherheitsdomäne hat insbesondere die Aufgabe, regelmäßige Informationssicherheitsberichte für die Behördenleitung zu erstellen.
60	Nr. 7.3.3 ISLL Land	Berichtspflicht	Auf der Basis der Erhebungsergebnisse gemäß Nummer 7.3.1 und der Prüfungsergebnisse gemäß Nummer 7.3.2 unterrichtet die oder der Informationssicherheitsbeauftragte einer Sicherheitsdomäne die Behördenleitungen ihres oder seines Zuständigkeitsbereichs regelmäßig in angemessener Weise und macht Vorschläge zu den identifizierten Handlungsbedarfen.
61	Nr. 2 ISRL-Schadsoftware	Dokumentationspflicht	Die Sicherheitsanforderungen nach der ISRL können auch dadurch erfüllt werden, dass die Behördenleitung einen Dritten (z.B. IT-Dienstleister, Landesbetrieb) mit der Umsetzung von Maßnahmen beauftragt. Entsprechende Vereinbarungen oder Verträge mit dem Dritten sind aktenkundig zu machen.
62	Nr. 5.1.2 ISRL-Schadsoftware	Dokumentationspflicht	Die Behördenleitung entscheidet anhand einer Risikoanalyse, ob bestimmte Endgeräte (z.B. Smartphones) ohne Anti-Schadsoftware eingesetzt werden dürfen. Das Ergebnis der Risikoanalyse ist aktenkundig zu machen.
63	Nr. 3 ISRL-Datensicherung	Dokumentationspflicht	Die Sicherheitsanforderungen nach der ISRL können auch dadurch erfüllt werden, dass die Behördenleitung einen Dritten (z.B. IT-Dienstleister, Landesbetrieb) mit der Umsetzung von Maßnahmen beauftragt. Entsprechende Vereinbarungen oder Verträge mit dem Dritten sind aktenkundig zu machen.
64	Nr. 6.3.1 ISRL-Datensicherung	Dokumentationspflicht	Die Behördenleitung verantwortet die fachlichen Anforderungen an die Sicherung der Daten, einschließlich der Daten auf mobilen Endgeräten und Speichermedien. Der Anforderungskatalog ist aktenkundig zu machen.
65	Nr. 6.5 ISRL-Datensicherung	Dokumentationspflicht	Die Entscheidung zur Datenwiederherstellung und zu deren Umfang ist ausschließlich von der dafür zuständigen Stelle zu treffen und aktenkundig zu machen.
66	Nr. 6.8 ISRL-Datensicherung	Dokumentationspflicht	Datensicherungsprozesse ist insbesondere durch regelmäßige Überprüfungen der Wiederherstellbarkeit der gesicherten Daten festzustellen. Die Ergebnisse der Prüfungen sind aktenkundig zu machen.
67	Nr. 4.7 ISRL-Mindestsicherheitsstandards	Evaluationspflicht	Die das Landesdatennetz betreibende Behörde führt anlassbezogen oder zum festgelegten Zeitpunkt eine Evaluation des IT-Mindestsicherheitsstandards durch.
68	Nr. 5.1 ISRL-Mindestsicherheitsstandards	Berichtspflicht	Die IT-betreibenden Stellen berichten der Zentralstelle für Informationssicherheit in einem von dieser vorgegebenen Prozess den Umsetzungsgrad der veröffentlichten IT-Mindestsicherheitsstandards.

lfd. Nr.	konkrete (Rechts-) Grundlage der Verpflichtung	Art der Verpflichtung: Nachweispflicht Dokumentationspflicht Evaluationspflicht Berichtspflicht	Inhalt der Verpflichtung
69	Nr. 5.2 ISRL-Mindestsicherheitsstandards	Berichtspflicht	Wird ein IT-Mindestsicherheitsstandard nicht fristgerecht vollständig umgesetzt, so ist dies unverzüglich der Zentralstelle für Informationssicherheit anzuzeigen und das beabsichtigte Vorgehen zur vollständigen Umsetzung darzulegen.
70	Nr. 5.3 ISRL-Mindestsicherheitsstandards	Berichtspflicht	Die Zentralstelle für Informationssicherheit informiert die IT-Bevollmächtigte oder den IT-Bevollmächtigten der Landesregierung und die das Landesdatennetz betreibende Behörde anlassbezogen oder regelmäßig über die nach den Nummern 5.1 und 5.2 gemeldeten Umsetzungsstände. Zudem berichtet sie dem Nds. IT-PR anlassbezogen oder mindestens jährlich über die Umsetzung der IT-Mindestsicherheitsstandards.
71	Nr. 4.2.2 ISRL-ISI-Vorfälle	Berichtspflicht	Jeder Verdacht auf einen ISI-Vorfall ist unverzüglich der Meldestelle der Sicherheitsdomäne zu melden.
72	Nr. 4.4.3 ISRL-ISI-Vorfälle	Berichtspflicht	Die Behördenleitung stellt sicher, dass sie durch eine von ihr zu benennende Stelle regelmäßig, wenigstens jedoch einmal jährlich, im Rahmen eines Berichts über aufgetretene ISI-Vorfälle und schwerwiegende ISI-Vorfälle informiert wird. Es ist zu regeln, dass alle betroffenen Stellen und Funktionen bei der Berichterstellung ausreichend beteiligt werden.
73	Nr. 4.4.6 ISRL-ISI-Vorfälle	Dokumentationspflicht	Jeder ISI-Vorfall, schwerwiegende ISI-Vorfälle oder ein Verdacht auf solche ist mit allen Aktivitäten zeitnah und vollständig zu dokumentieren.
74	Nr. 10.2 NöbVIG-VV	Berichtspflicht	Für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, die aus ihrem Amt ausgeschieden sind, ist ein Rechtsnachfolger (Abwickler) zu bestellen, der u.a. die laufenden Vorgänge abschließt. Um den Umfang und den Zeitbedarf der Abwicklung abschätzen zu können, legt der Abwickler der Aufsichtsbehörde einen einmaligen Bericht vor, der den quantitativen Umfang und den geschätzten Zeitbedarf für die Erledigung der offenen Vorgänge enthält.
75	Nr. 10.5 NöbVIG-VV	Berichtspflicht	Der quartalsweise Bericht über den Fortschritt der Abwicklung, der die zu bearbeitende Restmenge ausweist, dient der Qualitätssicherung und einer zügigen und geordneten Abwicklung.
76	§ 53 Satz 2 NKomVG	Berichtspflicht	Mitteilung von Abgeordneten an HVB, dass gegen sie oder ihn öffentliche Klage erhoben worden ist
77	§ 57 Abs. 3 Satz 2 NKomVG	Berichtspflicht	Nachweis der Verwendung der Zuwendung, die Fraktion und Gruppen erhalten haben
78	§ 64 Abs. 9 NKomVG	Evaluationspflicht	Evaluierung Regelung hybride Sitzungen gegenüber Landtag
79	§ 81 Abs. 5 S. 1 NKomVG	Berichtspflicht	Mitteilungspflicht der HVB an die Vertretung über anzeigepflichtige Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder diesen gleichgestellten Nebentätigkeiten sowie die auf Verlangen nach § 71 NBG übernommenen Nebentätigkeiten.
80	§ 85 Abs. 6 Satz 2 NKomVG	Berichtspflicht	Bericht der oder des HVB eines Landkreises oder der Region Hannover an die LReg über Vorgänge, die für diese von Bedeutung sind.
81	§ 107 Abs. 2 NKomVG	Berichtspflicht	Genehmigungspflicht der Kommunalaufsichtsbehörden, sofern von der Angleichungspflicht bei der Eingruppierung und Vergütung kommunaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes abgewichen werden soll (setzt einen Antrag der Kommune an die Kommunalaufsichtsbehörde voraus)
82	§ 11 NDSG	Dokumentationspflicht	Dokumentation der Beschränkung von Rechten betroffener Personen
83	§ 13 Abs. 1 Satz 2 NDSG	Dokumentationspflicht	Dokumentation des Ergebnisses der Interessensabwägung bei einer Datenübermittlung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken incl. der Begründung
84	§ 13 Abs. 4 Satz 2 NDSG	Berichtspflicht	Ermöglichung von Kontrollmaßnahmen durch den LfD zu Datenübermittlungen zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken
85	§ 21 NDSG	Berichtspflicht	Unterichtung des Landtages durch die Landesregierung zu Ausführungen im Tätigkeitsbericht des LfD
86	§ 3 Abs. 2 NKWO	Berichtspflicht	Die Wahlleitung teilt die Zahl und die Abgrenzung der Wahlbereiche unter Angabe der jeweiligen Einwohnerzahl der für das Wahlgebiet zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde mit.
87	Erlass des MI vom 9. Juli 2024 - Az.: 41.21-11160/01-02-01 - "Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandssehen vom 24. Juni 2024"	Evaluationspflicht	Evaluation innerhalb von drei Jahren nach dem 1. Juli 2024, ob die Regelungen des Gesetzes dem Schutz der zum Zeitpunkt der Eheschließung noch nicht 16-jährigen Person und gemeinsamer Kinder der nicht wirksam Verheirateten angemessen Rechnung getragen werden. Bitte Vorsorge zu treffen, die hierfür notwendigen Daten zu den für eine Heilung vorgenommenen erneuten Eheschließungen getrennt nach Jahren zu erheben, sofern nicht Auswertung über Fachanwendung oder sonstige Statistik möglich.
88	Erlass des MI vom 14. Februar 2025 - Az.: 34.11-11101/003-11 - "Personenstandswesen: Hinweise zum Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 19. Juli 2024	Evaluationspflicht	Evaluation spätestens bis zum Ablauf von fünf Jahren nach dem 1. November 2024
89	Erlass zur Durchführung der PMB	Evaluationspflicht	anlassbezogene, wiederkehrende Befragung, Stimmungsbild in der Organisation
90	Erlass: Fachstrategie "Soziale Medien" der Polizei Niedersachsen; Grundlagen der Umsetzung vom 20.02.2017 (später in der 26. Sitzung der Landeswebredaktion der Polizei Niedersachsen vom 12.05.2022 angepasst)	Berichtspflicht	Bericht der Polizeibehörden über die Anzahl und Followerzahlen der jeweiligen Accounts auf den unterschiedlichen social media Plattformen
91	RdErl. d. MI v. 15. 7. 2024	Dokumentationspflicht	Transparenz über die Entwaffnung von Reichsbürgern
92	Nr. 7.2 des RdErl. zur Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten durch die Verwaltungsbehörden	Berichtspflicht	Erstellung eines landesweiten Lagebildes "Vermögensabschöpfung im Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren"
93	Erl. MI v. 18.12.2008/P.22-2-12340/1, Einführungsersass zur Polizeigewahrsamsordnung	Berichtspflicht	Berichtspflicht sollte lt. Erlass der Beurteilung der Regelungen dienen.
94	§ 37b Abs.4 NPOG	Berichtspflicht	Der Ausschuss legt dem Landtag einen Bericht über die Durchführung der in § 37b Abs.1 NPOG bezeichneten Datenerhebungen vor.
95	1) RdErl. d. MI vom 29.12.2014, Az. 23.15-51603/1.5.1 2) Gem. RdErl. d. MI u. d. MJ v. 27.11.2020 (Nds. MBl. vom 9.12.2020, S. 1492 3) Erl. MI v. 14.12.2020, Az. 23.15-51603/1.5.1	Berichtspflicht	Junge Schwellen- und Intensiväter
96	Lagebild Wirtschaftskriminalität; MI 23.21 – 12334/40 vom 19.09.2003 iV Erlass LPP 3.12 – 12334/40 vom 18.04.2005	Berichtspflicht	Ein Lagebild „Wirtschaftskriminalität“ dient der systematischen Erfassung, Analyse und Bewertung von Straftaten mit wirtschaftlichem Bezug sowie deren Strukturen und Entwicklungen.
97	Erl. MI, 23.13-12210/2, v. 09.11.2020 „Polizeilicher Umgang mit ge- und verfälschten ausländischen Personaldokumenten; Umgang mit sog. Restanten im LKA NI“	Berichtspflicht	Fachaufsicht
98	Erlass (Schulartfängsaktion)	Berichtspflicht	Dokumentation neuer Erkenntnisse aus den getroffenen Maßnahmen
99	Erlass: Vermögensabschöpfung im Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren; Einführung eines landesweiten Lagebilds	Berichtspflicht	Aufsicht, Bedarfserhebung
100	Erlass (DVUS - Digitale Verkehrsunfallspuren)	Berichtspflicht	Evaluation (02/2026 eingeführt)
101	Erl. MI, 24.11 - 01425 v. 17.06.2025	Berichtspflicht	Bewertung von Projekten im Themenkomplex ULS zwecks landesweiter Umsetzungsentscheidungen
102	Erl. MI, 24.15 - 12319 v. 09.01.2026	Berichtspflicht	Versammlungsrechtliche Aktionen mit Landwirtschaftsbezug - Berichtspflicht bei besonderen Vorkommnissen oder Erkenntnissen
103	Erl. MI, 24.3 - 12319 v. 07.10.2023	Berichtspflicht	Einsatz- und Schutzmaßnahmen i.Z.m. den aktuellen Entwicklungen in Israel
104	Erl. MI, 24.1 - 12319 v. 28.02.2026	Berichtspflicht	Einsatz- und Schutzmaßnahmen i.Z.m. den aktuellen Entwicklungen in Israel / Iran
105	Erl. MI/LPP - Einführung des Konzeptes "LSBTIQ" in der Polizei Niedersachsen	Berichtspflicht	Bericht über die Aufgabenwahrnehmung, Fragestellungen und Themenschwerpunkte der AP LSBTIQ
106	Erl. MI/LPP - Strategische Ausrichtung der Polizei Niedersachsen; Wiedereinführung der verpflichtenden periodischen Vorgesetzteninschätzung	Berichtspflicht	Ziel der VGE ist es, das Führungsverhalten des Vorgesetzten systematisch entlang zentraler Führungsdimensionen transparent zu machen, gemeinsam mit den Mitarbeitenden zu reflektieren und daraus konkrete, gemeinsam getragene Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Führung sowie zur Verbesserung der Zusammenarbeit abzuleiten.
107	Erl. MI/LPP - Berichtspflicht für Jahresperspektivgespräche mit Angehörigen der Laufbahngruppe 2, 2. EA sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte	Berichtspflicht	Die Gespräche dienen als ein weiteres Instrument der Personalentwicklung.
108	Erlass des MI/LPP zur Meldung von Klagen gegen die Ablehnung von Vaterschaftsurlaub vom 10.11.25 auf der Grundlage der EU-Richtlinie (2019/1158)	Berichtspflicht	Überblick über die Anzahl der Klagen
109	Erlass LPP 6. 3-02830/215 vom 06. 10. 2005 und LPP 26. 24- 02850/Berichte vom 23. 06. 2014	Berichtspflicht	halbjährlich ist durch die ZPD NI ein Überblick über die sicherheitsrelevanten Ereignisse, deren Vermeidung und sonstigen Maßnahmen- und Umsetzungsplanungen der Informationssicherheit in der Polizei des Landes Niedersachsen zu erstellen.
110	Erlass vom 17.12.2025, Az. 27.26 / 02801 – MAI	Berichtspflicht	Die ZPD wird beauftragt die technische Integration der sog. Mobilen Applikations- und Integrationsplattform (MAI) zu testen und über die entsprechenden Ergebnisse einmalig zum 30.06.2026 gegenüber LPP zu berichten.
111	Erlass vom 26.03.2026, Az. 0262-1577/2022 – Mobile Anwendungen	Berichtspflicht	Die ZPD NI wird beauftragt, die sichere Einführung sog. iOS-nativer Apps (Foto, Kamera und Übersetzen) zu Pilotieren und die Ergebnisse samt Restrisikobeschreibung und Bewertung seitens Dezernat 02 gegenüber LPP zu berichten.
112	Halbjahresbericht des Sondervermögens Digitalisierung im AHuF	Berichtspflicht	Transparenz
113	§ 9 a Abs. 2 Nds. ArbZVO	Evaluationspflicht	Evaluierung der kommunalen Langzeitkonten
114	Vereinbarung gem. § 81 NPersVG über die Zulassung von Beschäftigten in der allgemeinen Verwaltung zu den Verwaltungslerngängen I und II des Landes (Vereinbarung-VerwLG)	Berichtspflicht	Einheitliche Erhebungspraxis bei der Zulassung von Ausnahmen und Befreiungen von der Fortbildungs- und Prüfungspflicht durch Festlegung von Entscheidungsvorbehalten für MI und die obersten Dienstbehörden. Die Vereinbarung wird derzeit mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften neu verhandelt. Die in der geltenden Vereinbarung vorgesehenen Entscheidungsvorbehalte (§ 8, § 9 Abs. 3 Vereinbarung-VerwLG) sollen in der zukünftigen Vereinbarung weitgehend entfallen.
115	Vereinbarung gemäß § 81 NPersVG über Telearbeit und mobile Arbeit in der niedersächsischen Landesverwaltung	Evaluationspflicht	Die Ergebnisse der Evaluation werden genutzt, um die Vereinbarung über Telearbeit und mobile Arbeit in der Landesverwaltung, wenn erforderlich, weiter zu entwickeln. Anschließend einigen sich die Vereinbarungspartner auf einen neuen Überprüfungszeitraum.
116	Erlass „Mittelzuweisung für das Haushaltsjahr 2026“ vom 12.02.2026: Az: 7630-MJ-8275/2017-8959/2026	Berichtspflicht	Jährliche Meldung der ASIG-Restmittel des Vorjahres
117	Erlass „Mittelzuweisung für das Haushaltsjahr 2026“ vom 12.02.2026: Az: 7630-MJ-8275/2017-8959/2026	Berichtspflicht	Unterjährige Meldung überschüssiger HH-Mittel oder Mittelmehrbedarf, um anderweitig zu verteilen bzw. Mehrbedarfe zu decken
118	Erlass	Berichtspflicht	Aktualisierung der Listen Organisationsberaterinnen und Organisationsberater, Moderationsmöglichkeiten und Projekte
119	Erlass Berichtspflicht bei temporären Großveranstaltungen Az: 5300-MJ-758/2008	Berichtspflicht	Berichtspflicht bei temporären Großveranstaltungen
120	Erlass Jahresberichte zu Maßnahmen des Gesundheitsmanagements Az: 2000-MJ-4117/2020	Berichtspflicht	Jahresberichte zu Maßnahmen des Gesundheitsmanagements
121	Berichtserlass Hospitationen im Ambulanten Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD) vom 10.03.2015 - 4263 - 403.209	Berichtspflicht	Fachaufsicht
122	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention AV d. MJ v. 29.07.2025 – 4209-MJ-1467/2024 –	Evaluationspflicht	externe Evaluierung der Förderprojekte
123	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und Amts- und Mandatsträger AV d. MJ v. 29.07.2025 – 4209-MJ-6761/2020 –	Evaluationspflicht	externe Evaluierung der Förderprojekte
124	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen AV d. MJ v. 29.07.2025 – 4209-MJ-273/2020 –	Evaluationspflicht	externe Evaluierung der Förderprojekte
125	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur Prävention von schwerwiegender Kinder- und Jugendgewalt RdErl. d. MJ v. 11.03.2026 – 4209-MJ-205/2026 –	Evaluationspflicht	externe Evaluierung der Förderprojekte
126	Nr. 2.4 der AV d. MJ v. 7.7.2022 (Nds. Rptl. S. 222)	Berichtspflicht	Anzeige der erstmaligen Inbetriebnahme eines Kartenterminals zur Annahme von Einzahlungen in den Gerichtszahlstellen; die Anzeige dient der Information über das Nutzungsverhalten sowie der Erfüllung der Anzeigepflicht gegenüber dem MF.
127	Erlass d. MJ vom 12.03.2020 - 4100-402.295	Berichtspflicht	Dienstaufsicht über die Staatsanwaltschaften, Organisatorische Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung
128	§ 5 Niedersächsische Ergänzungsbestimmungen zur Gerichtsvollzieherordnung	Berichtspflicht	Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit im Rahmen der Zwangsvollstreckung; Zentralisierung der Beschaffung. Mitteilung des Bedarfs an Quittungsböcken und Dienstausweis-Vordrucken für die Gerichtsvollzieher.

lfd. Nr.	konkrete (Rechts-) Grundlage der Verpflichtung	Art der Verpflichtung: Nachweispflicht Dokumentationspflicht Evaluationspflicht Berichtspflicht	Inhalt der Verpflichtung
129	Erlass d. MJ vom 17.01.2011 - 5330 - 102_20	Dokumentationspflicht	Information über Brandschutz- und Sicherheitsübungen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften
130	2.1 VV zum NSchAG, RdErl. d. MJ v. 08.05.2026 (3180-MJ-4379/2017)	Berichtspflicht	Mitteilung über Änderung von Schiedsgerichtsbezirken an Bezirksvereinerung der Organisation, die Interessen der Schiedspersonen vertritt, dient der Transparenz und Verbreitung von Informationen, da viele Bürger sich über die dortigen Webseiten informieren
131	Quartalsbericht zur Situation der großen Strafkammern bei den Landgerichten	Berichtspflicht	Die Situation der großen Strafkammern bei den Landgerichten ist insbesondere im Hinblick auf Haftsachen von hohem Interesse, daher ist durch die Landgerichte regelmäßig zu berichten.
132	Personalentwicklungskonzept Strafkammervorsitzende am Landgericht, Erlass vom 28.11.2012, 2060/1 PE - 101_25	Berichtspflicht	Dienstaufsicht, Evaluierung der Umsetzung des Allgemeinen Personalentwicklungskonzeptes für Strafkammervorsitzende am Landgericht
133	Konsequente Verfolgung von Übergriffen auf Amtsträger, Erlass vom 11.02.2020, 2057-101_1	Berichtspflicht	Aufsicht, Beobachtung der Entwicklung der Anzahl der Vorfälle
134	Supervision für ehrenamtliche Richterinnen und Richter, Erlass vom 18. Juni 2021, 2060 – PE – 101_39	Berichtspflicht	Information über Inanspruchnahme der Beratung und ggfs. Weitervermittlung in die Stufen 2 (AJSD) oder 3 (ENT) des 2021 eingeführten landesweiten Beratungskonzepts für ehrenamtliche Richterinnen und Richter
135	Erfassung von schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern sowie schwer-behinderten Beschäftigten in der niedersächsischen Justiz, Erlass vom 28.06.2019 - 7621 I - 101.113 UA – (Anlage 2)	Berichtspflicht	Erstellung jährlicher Statistiken über die schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerber sowie die schwerbehinderten Beschäftigten in der niedersächsischen Justiz und Information der Hauptvertrauenspersonen der Schwerbehinderten
136	Zusammenfassung der Ergebnisse der Beurteilungen in Beurteilungsstatistiken und Bekanntgabe an Beurteilerinnen und Beurteiler, Beurteilte, Gleichstellungsbeauftragte, Personalvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen und MJ Abschnitt V Nr. 6 der Richtlinien für die dienstl. Beurteilung von Beamtinnen und Beamten im Nds. Justizministerium, bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie bei der HR Nord (AV d. MJ v. 15.11.2011, Nds. Rpfl. S. 404) 2000-MJ-7892/2017	Berichtspflicht	Dienstaufsicht, Statistik Verteilung der Notenstufen in der dienstlichen Beurteilung
137	Generelle Einwilligung für die Annahme von Fachliteratur zur Ausstattung der Bibliotheken der Gerichte und Staatsanwaltschaften verbunden mit der Ankündigung der jährlichen Abfrage einer Aufstellung über die erhaltene Fachliteratur Erlass vom 21.12.2006 - 2042-101.14 SH 4 -	Berichtspflicht	Übersendung der Aufstellung über die Annahme von Fachliteratur zur Ausstattung der dortigen Bibliotheken an MJ
138	Ziff. VII Personalentwicklungskonzept für Tarifbeschäftigte	Evaluationspflicht	Übersicht über die und Kontrolle der Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen der Beschäftigungs- und Mittelbehörden
139	Ziff. VII Personalentwicklungskonzept für Tarifbeschäftigte	Berichtspflicht	Aufsicht über die Umsetzung des PE-Konzepts
140	Erlass Banachteiligung wg. Schwerbehinderung v. 22.05.2007 sowie v. 10.05.2011	Berichtspflicht	Benachrichtigung wegen Schwerbehinderung (Meldung freie Richterstellen)
141	Ziff. III Allgemeines Personalentwicklungskonzept für Proberichterinnen und Proberichter	Evaluationspflicht	Übersicht über die und Kontrolle der Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen der Mittelbehörden
142	Bericht über die Bewerberlage LAG und FG, Erlass v. 26.11.2019	Berichtspflicht	Information über Bewerberlage bei dem FG und dem LAG
143	Rundverfügung vom 19.12.2014 (AZ 533)	Berichtspflicht	Übersicht über durchgeführte Einlasskontrollen; Berichtspflicht des Bezirks gegenüber dem Nds. OVG wurde nicht aufgehoben
144	Verfügung d. Präsidenten vom 23.08.2017 (1502 OVGLG 25/2026 - 1131/2023)	Berichtspflicht	Meldung über Unterschrift DA IT
145	Rundverfügung OLG BS vom 19.01.2026 - 1500-OLGBS-E-893/2026 (12152/2026) -	Berichtspflicht	Bericht der durchgeführten Videoverhandlungen
146	Rundverfügung OLG BS vom 12. Mai 2026 - 2610-OLGBS-E-2278/2025 (78368/2026) -	Berichtspflicht	Bericht der selbstständig geplanten und durchgeführten Fortbildungen zwecks Abgleich mit der Fortbildungsplanung des OLGs
147	§ 8 Absatz 2 Nr. 4 NJG Verfügung zur Überwachung der Durchführung der Gerichtsvollzieherprüfungen	Berichtspflicht	Aufsicht über die Tätigkeit der Gerichtsvollzieher und Kontrolle der unmittelbaren Dienstvorgesetzten
148	§ 8 Absatz 2 Nr. 4 NJG und Ger/SIA-GPRL.NI Verfügung zur Durchführung bzw. des Umfanges der externen Geschäftsprüfung	Nachweispflicht	Aufsicht über die Tätigkeit jedes einzelnen Mitarbeiters eines Amtsgerichts
149	Verfügung PräSLG Verden v. 2. März 2021 - 3204 -	Berichtspflicht	Aufsicht und Transparenz mittels Unterstützung der landgerichtlichen Dienstaufsicht durch die schnelle Verfügbarkeit aktueller Geschäftsverteilungspläne der nachgeordneten Amtsgerichte, sowie Sicherstellung einer aktuellen Dokumentation der Zuständigkeiten durch die Gerichte.
150	VfG. des Landgerichts Hannover vom 07.06.2011 - 1401 I -; Richtlinie zur Durchführung von Geschäftsprüfungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 28.03.2022, Nds. Rechtspflege S. 137	Berichtspflicht	Aufsicht/Übersicht über durchgeführte interne Geschäftsprüfungen der Amtsgerichte
151	Erlass Ausschreibungen § 11 NGG, Erlass v. 14.02.21	Nachweispflicht	Ausschreibungen gem. § 44 NGG
152	Einzelklasse Anrechnungsstunden u.a. (AE-Schlüssel 463 BNE-Projekte und sonstige Maßnahmen) (AE-Schlüssel 487 Schülerwettbewerb Jugend debattiert) BiSS (Bildung in Schrift und Sprache)	Berichtspflicht	Im Bereich der Gewährung von Anrechnungsstunden an Lehrkräfte für die Durchführung besonderer Projekte oder Tätigkeiten werden Sachberichte derzeit routinemäßig abgefordert. Aus unserer Sicht erscheint es sachgerecht, diese Berichts- bzw. Nachweispflichten künftig nicht mehr pauschal oder regelmäßig, sondern ausschließlich anlassbezogen vorzusehen, etwa bei begründetem Prüf- oder Klärungsbedarf. Auf diese Weise ließe sich ein Beitrag zur Entlastung der betroffenen Lehrkräfte leisten, ohne auf notwendige Steuerungs- oder Kontrollmöglichkeiten vollständig zu verzichten.
153	Förderrichtlinie Vielfalt in Schulen	Berichtspflicht	Ziel ist die Übersicht über die verwendeten Mittel, es wird eine Kostenaufstellung und schriftliche Bezugnahme zu den einzelnen Maßnahmen eingefordert.
154	Haushaltszuweisungserlasse an RLSB und NLQ	Berichtspflicht	Überblick über den aktuellen Stand der Ausgaben (zum 15.08. sowie zum 31.01. über den abschließenden Ausgabenstand)
155	Tätigkeitsbericht aus der CARE-Beratung der RLSB	Berichtspflicht	Datengestützte (Ressourcen-)Steuerung des Aufgabenbereiches; Bericht auf Landesarbeitssicherheitsausschuss sowie Weiterleitung an Interessenvertretungen
156	Tätigkeitsbericht BEM aus dem Falmanagement der RLSB	Berichtspflicht	Datengestützte (Ressourcen-)Steuerung des Aufgabenbereiches; Bericht auf Landesarbeitssicherheitsausschuss sowie Weiterleitung an Interessenvertretungen
157	Einzelerrlass zu Ressourcen des Programms Schule[PLUS] vom 19.12.2019	Berichtspflicht	Vorbereitung der Ressourcenzuweisung; Monitoring; Information über Änderungen
158	Erlass "Die Arbeit in der Grundschule"	Dokumentationspflicht	Führung eines Protokolls als Dokument zum Übergang in weiterführende Schulen
159	Nr. 2.10 Begleiterlass zum Kassensanhschlag	Berichtspflicht	Übersicht Abordnungen von Lehrkräften an niedersächsische Hochschulen
160	10. EB-WeSchVO	Dokumentationspflicht	Dokumentation der Gespräche mit Erziehungsberechtigten (Wahl der Schulform)
161	Nr. 5 Erlass Wirtschaftliche Betätigung, Werbung, Informationen, Bekanntmachungen und Sammlungen in Schulen sowie Zuwendungen für Schulen	Dokumentationspflicht	Wahrung des Schulfriedens, Gewährleistung, dass eine Sammlung einem allgemein anerkannten sozialen oder kulturellen Zweck dient.
162	Durchführungsbestimmungen für das Innovationsvorhaben BFS dual im Schuljahr 2026/2027 --> 2.5 Prüfungen und Abschlüsse; 2.6 Zeugniserstellung; 2.7 Fehlzeiten	Nachweispflicht	Notwendigkeit im Hinblick auf die Anerkennung von Schulabschlüssen
163	Durchführungsbestimmungen für das Innovationsvorhaben BFS dual im Schuljahr 2026/2027 --> 4. Dokumentations- und Berichtspflichten	Dokumentationspflicht	Transparenz (durch Ausweisung in Zeugnissen) u. Notwendigkeit zur Sicherstellung des § 22 Abs. 2 NSchG
164	Durchführungsbestimmungen für das Innovationsvorhaben BFS dual im Schuljahr 2026/2027 --> 4. Dokumentations- und Berichtspflichten	Berichtspflicht	Notwendigkeit zur Sicherstellung des § 22 Abs. 2 NSchG
165	§ 2 Abs. 4 NKITaG	Dokumentationspflicht	Gewährleistung des Wohls der Kinder in der Kindertagesstätte.
166	§ 8 Abs. 1 NKITaG	Nachweispflicht	Das Landesjugendamt hat zu prüfen, ob trotz Größe der Kindertagesstätte kindgerechte Rahmenbedingungen vorliegen, daher hat der Träger ein Konzept vorzulegen.
167	Erlass v. 22.01.2025 (Berichtspflicht zu § 30 NKITaG)	Berichtspflicht	Sachstand § 30 NKITaG (Anzahl der erfassten Anträge, Anzahl der beantragten Kräfte, Anzahl der erteilten Bewilligungen inklusive der Anzahl der darin enthaltenen Kräfte)
168	§ 11 Abs. 1 Satz 11 NKITaG	Berichtspflicht	Anzeigepflicht bei Einsatz von zwei päd. Assistenzkräften in Randzeit
169	§ 11 Abs. 7 Satz 4 NKITaG	Berichtspflicht	Anzeigepflicht des Angebots einer Ergänzungszeit und die in dieser Zeit eingesetzten Kräfte und Personen
170	§ 8 Abs. 1 S. 4 DVO-NKITaG	Nachweispflicht	Vorlage einer Konzeption bei der Einrichtung einer Außenstelle.
171	§ 9 Abs. 1 S. 6 DVO-NKITaG	Nachweispflicht	Vorlage einer Konzeption bei Leitung von mehreren Kindertagesstätten.
172	Erlass Förderung von Schülerwettbewerbe (1997); Gewährung von Anrechnungsstunden nach Schlüssel 487	Berichtspflicht	Tätigkeitsbericht, Prüfung der Höhe der Anrechnungsstunden
173	Fachberatung "Förderung besonderer Begabungen"; Gewährung von Anrechnungsstunden gemäß § 15 Nds. ArbZVO-Schule nach Schlüssel 486	Berichtspflicht	Übersicht über die Beauftragten Lehrkräfte und den Beauftragtenumfang
174	Fachberatung „Dokumentation der Individuellen Lernenentwicklung“;Gewährung von Anrechnungsstunden gemäß § 15 Nds. ArbZVO-Schule nach Schlüssel 434	Berichtspflicht	Übersicht über die Beauftragten Lehrkräfte und den Beauftragtenumfang
175	Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Inklusive Schule (hier: LemaS); Auswahl, Gewährung der Anrechnungsstunden (Schlüssel-Nr. 438), Aufgaben und Erteilung von Dauerdienstfreigabegenehmigungen	Berichtspflicht	bei Änderungen der Beauftragungen Übersicht der insgesamt gewährten Anrechnungsstunden
176	Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Inklusive Schule; Auswahl, Gewährung der Anrechnungsstunden (Schlüssel-Nr. 438)	Berichtspflicht	Übersicht über die Beauftragten Lehrkräfte und den Beauftragtenumfang
177	Erlass des Ref. 14 vom 05.07.2010	Berichtspflicht	Information über Disziplinarverfahren, die öffentlich wirksam sein könnten
178	Erlass des Ref. 14 vom 05.07.2010	Berichtspflicht	Jährliche Berichtspflicht über die Anzahl der abgeschlossenen Disziplinarverfahren
179	VfG. vom 9.4.2014 (BS3b)	Berichtspflicht	Regelungen zur Überstundenreduzierung von Fachseminarleitungen
180	ABNWaktLG RdErl. d.ML v.5.11.2016 -406-64002-136- Nr.7	Berichtspflicht	Ziel ist das Nachvollziehen/ Nachweisen zur Sicherstellung des Erhaltes des Waldes und seiner Funktionen bei Waldinanspruchnahmen. Die Regelung stelle den schlanken Ersatz für ein Kompensationskataster dar
181	§ 12a Abs. 2 Satz 2 NBGG	Berichtspflicht	Inhaltlich geht es um die Dokumentation des Standes der Inklusion und die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung.
182	§9c Abs. 1 Satz 3 NBGG	Berichtspflicht	Transparenz gegenüber dem Landtag.
183	§ 4 Nds. AG SGB XIV	Berichtspflicht	Ämtliche Statistik
184	§ 23 Abs. 3 Nds. AG SGB IX/XII	Berichtspflicht	Übermittlung der Daten für den Abruf der jährlichen Erstattung zur Bundeserstattung nach § 136a Abs. 1 SGB XII
185	§ 27 Satz 1 Nds. AG SGB IX/XII	Berichtspflicht	Mitteilung zur Abrechnung der der Aufwendungen für Kostenersatzungen nach § 108 SGB XII, die vor dem 31. Dezember 2019 kassenwirksam geworden sind
186	§ 12 Abs. 5 Satz 5 NGesFBG	Dokumentationspflicht	Dokumentation von Inhalt und Ablauf des Ombudsverfahrens sowie des Streitbelegungsvorschlags als Grundlage für mögliche weitere Ombudsverfahren und zur Erstellung des Tätigkeitsberichts der Ombudsstelle
187	§ 12 Abs. 5 Satz 6 NGesFBG	Berichtspflicht	Bereitstellung der Daten zur Erstellung des Tätigkeitsberichts der Ombudsstelle
188	§ 12 Abs. 5 Satz 7 NGesFBG	Berichtspflicht	Erstellung des Tätigkeitsberichts zur Herstellung von Transparenz über die Tätigkeit der Ombudsstelle
189	Erlass vom 22.03.2024	Dokumentationspflicht	Erfassung strukturierter Daten über die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft zur Herstellung von Transparenz und als Grundlage für Prognosen zum Mittelbedarf
190	§ 1 Abs. 6 Satz 2 EKPIVO	Berichtspflicht	Erstellung des Tätigkeitsberichts zur Herstellung von Transparenz über die Tätigkeit der Ethikkommission
191	§ 3 Abs. 6 Satz 1 EKPIVO	Dokumentationspflicht	Niederschrift über den wesentlichen Inhalt der Sitzungen zur Herstellung von Transparenz über die Arbeit der Ethikkommission
192	§ 5 Abs. 2 SchVO-PIBIG	Dokumentationspflicht	Eingangsbestätigung an die antragstellende Partei zur Feststellung des Beginns der Frist für das Schiedsverfahren
193	§ 8 Abs. 2 SchVO-PIBIG	Berichtspflicht	Aufstellung der Kosten als Grundlage der Abrechnung der Finanzierungsanteile
194	§ 7 Abs. 3 Sätze 2 und 3 SchVO-SGB XI	Berichtspflicht	Bericht über den Stand der Schiedsstellenverfahren zur Herstellung von Transparenz über die Einhaltung der Fristen für Schiedsstellenentscheidungen
195	§ 4 Abs. 5 Satz 2 NuWG	Berichtspflicht	Übermittlung der Stellungnahme der Bewohnervertretung an die Kostenträger zur Vorbereitung der Verhandlungen über Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen
196	§ 21 NuWG	Evaluationspflicht	Überprüfung der Anwendung und der Auswirkungen des Gesetzes
197	§ 5 Abs. 1 der Satzung der Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung	Dokumentationspflicht	Niederschrift über den wesentlichen Inhalt der Sitzungen zur Herstellung von Transparenz über die Arbeit der Stiftung
198	§ 9c Abs. 1 Satz 3 NBGG	Berichtspflicht	Transparenz gegenüber dem Landtag.
199	§ 5 Satz 4 SchVO-SGB IX	Dokumentationspflicht	Eingangsbestätigung an die antragstellende Partei
200	§ 4 Satz 4 SchVO-SGB XII	Dokumentationspflicht	Eingangsbestätigung an die antragstellende Partei
201	Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst	Berichtspflicht	Meldung des Umfangs von den geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten für den Pakt ÖGD (für die Entscheidung über die Freigabe weiterer Haushaltsmittel)
202	Maßgabebeschluss vom 29.03.2023 des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags	Berichtspflicht	Umsetzung Pakt ÖGD (Personal)
203	§ 2 Abs. 1 KrStatVbg (Vereinbarung gemäß § 81 NPersVG zur Krankenstandstatistik in der niedersächsischen Landesverwaltung	Berichtspflicht	Abbildung krankheitsbedingter Fehlzeiten, Sichtbarmachung zeitlicher Entwicklungen

lfd. Nr.	konkrete (Rechts-) Grundlage der Verpflichtung	Art der Verpflichtung: Nachweispflicht Dokumentationspflicht Evaluationspflicht Berichtspflicht	Inhalt der Verpflichtung
204	§ 7 Abs. 3 S.2 SchVO-SGB XI	Berichtspflicht	Information der Fachaufsichtsbehörde über die Anzahl der offenen Schiedsverfahren der SGB XI-Schiedsstelle
205	§ 5 Abs.2 NUIG	Berichtspflicht	§ 5 Abs.2 NUIG (2) 1Das Fachministerium veröffentlicht im Abstand von längstens vier Jahren einen Bericht über den Zustand der Umwelt, insbesondere über die Umweltqualität und vorhandene Umweltbelastungen im Land. § 7 Abs. 3 und die §§ 8 bis 10 Abs. 1 und 3 UIG gelten entsprechend. Der erste Bericht ist spätestens am 31. Dezember 2006 zu veröffentlichen.
206	§ 2 Abs. 2 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz (Nds. AGWVG)	Berichtspflicht	Sicherstellung der Aufsicht durch präventive Kontrolle des Haushaltsplans vor Beginn des Haushaltsjahres um rechtmäßige Haushaltsführung zu gewährleisten.
207	§ 2 Abs. 4 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz (Nds. AGWVG)	Berichtspflicht	Ermöglichung der Überprüfung und ergänzenden Bewertung des Prüfberichts durch Prüfstelle beim Wasserverbandstag (WVT) e. V.
208	Erlass des MU, Az.: 22-62110/1	Berichtspflicht	Information des MU über ein Hochwasserereignis im niedersächsischen Teil der Elbe
209	EFÜ-Erlass vom 10.08.2021 - Ref33-4052/00-0001-037	Nachweispflicht	Für IED-Anlagen besteht nach § 31 BImSchG die Betreiberpflichtung, jährlich eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Emissionsüberwachung vorzulegen. Für einige IED-Anlagen besteht die Verpflichtung zur kontinuierlichen Messung. Betreiber in Niedersachsen werden derzeit verpflichtet, ihre Anlagen bei kontinuierlicher Messung an die Emissionsfernüberwachung (EFÜ) anzuschließen. Für die Betreiber von IED-Anlagen besteht damit <u>neben</u> der Nachweispflicht nach § 31 BImSchG eine <u>zusätzliche</u> Nachweis-/Dokumentationspflicht.
210	Erlass vom 23.03.2006 - 33-02823/1.3.1.33-02823/1.5	Dokumentationspflicht	Aktuell werden die Genehmigungsbescheide und Anhörungen zur jeweiligen IE-Anlage in der interaktiven Karte im Internet eingestellt. Diese Karte ist der Öffentlichkeit zugänglich und liefert in weiten Teilen die gleichen Angaben. Grundsätzlich ist der Erhalt von Informationen über Anlagen nach dem Umweltinformationsgesetz möglich. Vor diesem Hintergrund ist die zusätzliche Veröffentlichung aktueller Genehmigungsverfahren entbehrlich.
211	§ 4 NWindG	Evaluationspflicht	Transparenz bezüglich der Ausbauziele und der Zweckerreichung des NWindPVBetG durch die Regelungen des Gesetzes.
212	§ 11 NWindPVBetG	Evaluationspflicht	Evaluierung zur Anhebung der Flächenausweisungen von 2,2 auf 2,5 %
213	§ 3 NWindG	Berichtspflicht	Transparenz bezüglich der Ausbauziele und der Zweckerreichung des NWindPVBetG durch die Regelungen des Gesetzes.
214	§ 5 Abs. 4 S. 3 NWattFVO	Dokumentationspflicht	Evaluierung der Verwendung der Akzeptanzabgabe
215	§ 24 NAbfG	Dokumentationspflicht	Monitoring der Genehmigungs- und Planungssituation bei Windenergie an Land in NI zwecks Evaluation nach § 4 NWindG; dafür verbindliches Herunterbrechen der Berichtspflichten/Meldekette bis zu den kommunalen Planungsträgern und Genehmigungsbehörden
216	§ 8 Abs. 2 NTVergG	Nachweispflicht	Nachweis von weiterbestehender Ortskunde eines Wattführers/einer Wattführerin (insbes. Voraussetzung zur Verlängerung von Wattführer-Genehmigung; Nachweis zur Wahrnehmung von Erkundungspflicht vor Saisonbeginn)
217	§ 16 Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (MFG)	Berichtspflicht	Anzeige der Verbringung bestimmter Abfälle aus Niedersachsen in Abfallbeseitigungsanlagen außerhalb des Landes.
218	Drs. 16/3854, Anlage 2	Berichtspflicht	§ 8 Abs. 2 beinhaltet einen Nachweis der vollständigen Entrichtung von Sozialabgaben bei Bauvergaben.
219	Finanzierungs- und Treuhandvereinbarung für die niedersächsischen Wachstumsfonds	Berichtspflicht	Ausführliche (ex-post) Berichterstattung über die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen inkl. Darstellung mittelstandsrelevanter Förderungsmaßnahmen der Ressorts (Mittelstandsbericht)
220	Bergverordnung über seismische Arbeiten; § 13 Bekanntgabepflicht von seismischen Arbeiten	Berichtspflicht	Transparenz über die Tourismusförderung und die tourismusaffine Förderung
221	Grundzüge für die Aufsicht über Grubenanschlußbahnen; Abschnitt 1 dreifache Ausfertigungspflicht von Betriebsplänen zum Nachweis	Nachweispflicht	Überblick über den aktuellen Stand der Beteiligungen und der investierten Mittel
222	Umsetzung des Beurteilungsverfahrens in der niedersächsischen Landesverwaltung; Regelungen für den Geschäftsbereich des MW ; Anforderung MW Schreiben Z1-03002-1000/0020	Berichtspflicht	Transparenz bei bergbaulichen Handlungen durch die Offenlegung von Schalluntersuchungen.
223	§ 8 NHafenSG	Nachweispflicht	Aufsicht
224	§ 20 NHafenSG	Nachweispflicht	Nach Abschluss des Beurteilungsverfahrens soll die prozentuale Verteilung der Ergebnisse der Gesamtbewertung mitgeteilt werden.
225	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Strukturwandels im ehemaligen Braunkohlerevier Helmstedt (Strukturfürillen Helmstedt); Kabinettsbeschluss vom 28.09.2021	Berichtspflicht	Ziel: Schutz vor vorsätzlichen rechtswidrigen Angriffen auf Seehäfen; Inhalt: Anerkennung von Stellen zur Gefahrenabwehr
226	§ 7c Abs. 2 S. 1 NNVVG	Berichtspflicht	Ziel: Schutz vor vorsätzlichen rechtswidrigen Angriffen auf Seehäfen; Inhalt: Anerkennung von Stellen für die Gefahrenabwehr in Häfen
227	Durchführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes; hier: Hinweise zur Abgrenzung der zuwendungsfähigen Kosten bei den Gebäuden und der Ausstattung der Betriebshöfe und der zentralen Werkstätten sowie bei anderen ÖPNV-Anlagen, sonstige Hinweise RdErl. d. MW v. 1.12.1976 - 431 - 43.06 vom 1. Dezember 1976 (Nds. MBl. 1977 S. 10)	Nachweispflicht	Transparenz und Steuerungsmöglichkeit
228	Verwaltungsvorschriften zum BBauG; Teil I - Allgemeines - Abschnitt 7 VV-BBauG - Unterrichtung des MS	Berichtspflicht	Qualitätsbericht
229	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Allgemeines - Abschnitt 7 VV-BauGB - Unterrichtung des MS	Berichtspflicht	Diverse
230	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 206.3	Dokumentationspflicht	Bericht einer unteren Bauaufsichtsbehörde oder einer Gemeinde an das damals in Bezug auf die Rechts- und Fachaufsicht zuständige MS betreffend solche Gerichtsentscheidungen, die Inhalte der VV oder die Wirksamkeit von Bebauungsplänen oder sonstigen Satzungen betreffen
231	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 210.6.1	Berichtspflicht	Bericht einer Gemeinde, Samtgemeinde, eines Landkreises oder einer Behörde des Landes über Entscheidungen im Normenkontrollverfahren nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO und über Gerichtsentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, insb., wenn diese von diesen VV abweichen
232	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 211.3.2	Dokumentationspflicht	Kooperation, Information und Beteiligung der von der Sanierung Betroffener durch Information, Anhörung bzw. Entgegennahme von Anregungen, Erörterung
233	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 211.4	Nachweispflicht	Aufsicht, Vorlage des Berichts über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchung
234	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 211.9.2	Nachweispflicht	Beschneidung von Katasterverwaltung, dass die Übertragung der Grenzen des Sanierungsgebiets in die Örtlichkeit möglich ist
235	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 230.2.1	Nachweispflicht	Sanierungsrechtliche Sonderaufsicht; Anzeige, dass eine Sanierungssatzung beschlossen wurde
236	Allgemeine Rechtsaufsicht	Evaluationspflicht	Aufsicht, Beglaubigte Abschrift der Sanierungssatzung vorzulegen bei verschiedenen Stellen
237	Gesetz zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum - Artikel 5 (Evaluation der Niedersächsischen Bauordnung); Art 5 des Änderungsgesetzes	Evaluationspflicht	Aufsicht, Bestätigung über Eignung eines Unternehmens als Sanierungsträger tätig zu sein
238	§ 65 Abs. 1 NBauO	Nachweispflicht	Sonderaufsicht, statistische Erhebung der Verfahren, Überprüfung der Genehmigungspraxis
239	§ 14 Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser	Dokumentationspflicht	Evaluation von drei Regelungen in der NBauO
240	Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; DIN 4102 "Brandverhalten von Baustoffen und Bauteil von Baustoffen und Bauteilen"; Verwaltungsvorschrift Bek. d. MI v. 20.2.2001 - 55-24012/0-1 - vom 20. Februar 2001 (Nds. MBl. S. 292) mittlerweile durch aktuelle VV TB überholt und allenfalls als Informationsquelle für Bestandsfälle relevant		Durchführung des Baugenehmigungsverfahrens, Bautechnische Nachweise, Typenprüfung, Abs. 1: Fernsprecheinrichtung mit Aushang, Abs. 2.: Aushängung von Lageplänen und Rufnummern der Feuerwehr
241	Bauaufsicht; Sonderverfahren nach den Artikeln 16 und 17 der Bauproduktenrichtlinie; RdErl. d. MS v. 9.9.1997 (Nds. MBl. S. 1649) vom 9. September 1997 ist nicht mehr relevant, die Bauproduktenrichtlinie ist abgelöst durch die VO (EU) Nr. 305/2011 und VO (EU) 2024/3110		
242	§ 1 Abs. 2 Nr. 1 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Kneipp-Heilbad)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
243	§ 1 Abs. 2 Nm. 2, 6, 7 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Mineral-, Sole- oder Thermalheilbad)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
244	§ 1 Abs. 2 Nr. 3 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Moorheilbad)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
245	§ 1 Abs. 2 Nr. 4 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Nordseeheilbad)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
246	§ 1 Abs. 2 Nr. 5 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Nordsee- und Thalsoheilbad)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
247	§ 1 Abs. 2 Nr. 8 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Heilklimatischer Kurort)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
248	§ 1 Abs. 2 Nr. 9 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Kneipp-Kurort)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
249	§ 1 Abs. 2 Nm. 10, 13 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Ort mit Heilquellen-Kurbetrieb / Ort mit Sole-Kurbetrieb)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
250	§ 1 Abs. 2 Nr. 11 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Ort mit Heilstollen-Kurbetrieb)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
251	§ 1 Abs. 2 Nr. 12 KurortVO i. V. m. § 4 KurortVO (Überprüfung Ort mit Moor-Kurbetrieb)	Anzeigepflicht	Um dem Ziel der Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten zu entsprechen, ist es vorstellbar, den Kommunen im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfungsverfahren ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung prädikatsbezogener Voraussetzungen weiterhin gewährleistet bleibt.
252	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; 36.3, 42.4 + Anlage 12 VV-BauGB - Muster für Präambel und Ausfertigung des Flächennutzungsplans	Dokumentationspflicht	Gewährleistung eines rechtssicheren und effizienten Bauleitplanverfahrens

lfd. Nr.	konkrete (Rechts-) Grundlage der Verpflichtung	Art der Verpflichtung: Nachweispflicht Dokumentationspflicht Evaluationspflicht Berichtspflicht	Inhalt der Verpflichtung
253	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; 36.3, 42.4 + Anlage 13 VV-BauGB - Muster für Präambel und Ausfertigung des Bebauungsplans (ohne örtliche Bauvorschriften)	Dokumentationspflicht	Gewährleistung eines rechtssicheren und effizienten Bauleitplanverfahrens
254	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; 36.3, 42.4 + Anlage 14 VV-BauGB - Muster für Präambel und Ausfertigung des Bebauungsplans (mit örtlichen Bauvorschriften)	Dokumentationspflicht	Gewährleistung eines rechtssicheren und effizienten Bauleitplanverfahrens
255	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; 42.4 + Anlage 15 VV-BauGB - Muster für Verfahrensvermerke beim Flächennutzungsplan	Dokumentationspflicht	Gewährleistung eines rechtssicheren und effizienten Bauleitplanverfahrens
256	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; 35.2.1, 41.3.1, 41.3.2, 42.4 + Anlage 16 VV-BauGB - Muster für Verfahrensvermerke beim Bebauungsplan	Dokumentationspflicht	Gewährleistung eines rechtssicheren und effizienten Bauleitplanverfahrens
257	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; 35.4.1 + Anlage 19 (Formular Genehmigungsantrag Bebauungsplan)	Nachweispflicht	Gewährleistung eines rechtssicheren und effizienten Genehmigungsverfahrens
258	Verwaltungsvorschriften zum BauGB; Zweites Kapitel, Abschnitt 210.2	Dokumentationspflicht	Einheitliche Rechtsanwendung, Inhalte der Vorbereitenden Untersuchung
259	§ 15 Abs. 2 Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser	Dokumentationspflicht	Betriebsvorschriften
260	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 NDVO-GEG	Nachweispflicht	Zur Qualitätssicherung müssen Nachweise nach dem GEG von besonders qualifizierten Personen erstellt werden, um Bauschäden zu vermeiden.
261	§ 2 Abs. 1 Nr. 2 NDVO-GEG	Nachweispflicht	Zur Qualitätssicherung müssen Nachweise nach dem GEG von besonders qualifizierten Personen erstellt werden, um Bauschäden zu vermeiden.
262	§ 2 Abs. 1 Nr. 3 NDVO-GEG	Nachweispflicht	Zur Qualitätssicherung müssen Nachweise nach dem GEG von besonders qualifizierten Personen erstellt werden, um Bauschäden zu vermeiden.
263	§ 2 Abs. 1 Nr. 4 NDVO-GEG	Nachweispflicht	Zur Qualitätssicherung müssen Nachweise nach dem GEG von besonders qualifizierten Personen erstellt werden, um Bauschäden zu vermeiden.
264	§ 15 Abs. 7 GaSpIVo	Dokumentationspflicht	Pflichten der Betreiber, Gewährleistung eines sicheren Betriebs von Garagen
265	§ 3 BauSVO	Nachweispflicht	Gewährleistung eines sicheren Betriebs baulicher Anlagen; Durchführung eines Anerkennungsverfahrens von Sachverständigen, die die Sicherheit technischer Anlagen in best. Sonderbauten gewährleisten (z. B. Kranken- oder Hochhäuser)
266	§ 4 BauSVO	Berichtspflicht	Gewährleistung eines sicheren Betriebs baulicher Anlagen; Berichtspflicht auf Verlangen zu Prüftätigkeit von von Sachverständigen, die die Sicherheit technischer Anlagen in best. Sonderbauten gewährleisten (z. B. Kranken- oder Hochhäuser)
267	§ 5 BauSVO	Nachweispflicht	Gewährleistung eines sicheren Betriebs baulicher Anlagen; Qualifikationsnachweis von Sachverständigen aus EU, europäischem Wirtschaftsraum o. glw., die die Sicherheit technischer Anlagen in best. Sonderbauten gewährleisten (z. B. Kranken- oder Hochhäuser)
268	§ 26, 48 und 58 NHG	Berichtspflicht	Freigaben von Professuren/Berufung von Professorinnen/Professoren - Qualitätssicherung
269	§ 79 Abs. 3 Landesverfassungsgesetz von 1840, ergänzt durch Beschluss des Nieders. Landtages vom 04.04.1950	Berichtspflicht	Vorlage des Jahresabschlusses des Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds und einer schriftlichen Erläuterung zur Mittelverwendung an den LT
270	§ 233 Neue Landschaftsordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 12.10.1832, in seinem materiellen Gehalt fortgeltend aufgrund § 2 Abs. 2 S. 3 Errichtungsgesetz für die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz vom 16.12.2004	Berichtspflicht	Vorlage der Jahresrechnung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und einer schriftlichen Erläuterung zur Mittelverwendung an den LT
271	§ 8 Abs. 2 NGelVerk	Dokumentationspflicht	physische (papierne) Sicherung der digitalen Amtsblätter (GVBl. und MBl.)
272	Tätigkeitsbericht der Clearingstelle	Berichtspflicht	Steuerung / Controlling der Tätigkeiten der Clearingstelle